

Jutta Matuschek (Linksfraktion) .....	8022	<b>Vermögensgeschäft Nr. 5/2011 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte</b>	
Joachim Esser (Grüne) .....	8022		
<b>Gesetz über die Anerkennung der Schulen des Gesundheitswesens (Gesundheitsschulanerkennungsgesetz – GesSchulAnerkG)</b>		Drs 16/4174 .....	8030
Drs 16/4144 .....	8024	Torsten Schneider (SPD) .....	8030
		Dr. Florian Graf (CDU) .....	8031
		Jutta Matuschek (Linksfraktion) .....	8032
		Joachim Esser (Grüne) .....	8033, 8035
		Volker Thiel (FDP) .....	8034, 8036
		Beschluss .....	8052
<b>Dringliche erste Lesung</b>		<b>Aufgabe gemäß § 7 Abs. 2 Sportförderungsgesetz von drei Sporthallen im Bezirk Treptow-Köpenick, Ortsteil Friedrichshagen, zugunsten von Schulmensen und Hallenneubauten im Rahmen des Konjunkturprogramms II</b>	
<b>Zehntes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes</b>		Drs 16/4175 .....	8036
Drs 16/4168 .....	8024	Beschluss .....	8052
<b>Fünftes Gesetz zur Änderung des Berliner Datenschutzgesetzes</b>		<b>Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Abs. 1 Satz 3 VvB</b>	
Drs 16/4169 .....	8024	<b>Erster Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesens in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag – 1. GlüÄndStV)</b>	
		Drs 16/4142 .....	8036
<b>Beschlussempfehlungen</b>		<b>Anträge</b>	
<b>Metropolregion entwickeln (I): BBI-Umfeldvermarktung verbessern!</b>		<b>Keine Unterzeichnung eines mangelhaften Glücksspielstaatsvertrages (I) – bürgerrechtsfeindliche Netzsperrern verhindern!</b>	
Drs 16/4123 .....	8024	Drs 16/4147 .....	8036
<b>Metropolregion entwickeln (III): Rahmenkonzept für Berlin-Brandenburg vorlegen!</b>		<b>Keine Unterzeichnung eines mangelhaften Glücksspielstaatsvertrages (II) – sinnvoller Wettbewerb bei Sportwetten-Konzessionen!</b>	
Drs 16/4124 .....	8024	Drs 16/4148 .....	8036
<b>Dringliche Beschlussempfehlungen</b>		Dirk Behrendt (Grüne) .....	8036, 8038
<b>Metropolregion entwickeln (II): Gesamtkonzept Anbindung BBI endlich vorlegen, Verkehrswege schaffen und Erreichbarkeit sichern!</b>		Frank Zimmermann (SPD) .....	8037, 8039
Drs 16/4178 .....	8024	Uwe Goetze (CDU) .....	8039
Sylvia von Stieglitz (FDP) .....	8025	Gernot Klemm (Linksfraktion) .....	8040
Andy Jauch (SPD) .....	8026	Björn Jotzo (FDP) .....	8041
Oliver Scholz (CDU) .....	8026		
Dr. Peter-Rudolf Zotl (Linksfraktion) .....	8027	<b>Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Abs. 1 Satz 3 VvB</b>	
Oliver Schruoffeneger (Grüne) .....	8028	<b>Staatsvertrag zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg über die Errichtung und den Betrieb der Justizvollzugsanstalt Heidering</b>	
<b>Vermögensgeschäft Nr. 29/2010 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte</b>		Drs 16/4143 .....	8042
Drs 16/4172 .....	8030		
Beschluss .....	8052		
<b>Vermögensgeschäft Nr. 4/2011 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte</b>			
Drs 16/4173 .....	8030		
Beschluss .....	8052		

**Präsident Walter Momper****Ifd. Nr. 21 A:**

Dringliche Beschlussempfehlung

**Vermögensgeschäft Nr. 29/2010 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte**

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/4172  
Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß  
§ 38 Abs. 1 GO Abghs

Der Dringlichkeit wird offenbar nicht widersprochen.

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Der Hauptausschuss hat der Vorlage einstimmig – bei Enthaltung der FDP – zugestimmt. Wer dem Vermögensgeschäft Nr. 29/2010 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Grüne und Die Linke. Danke! – Die Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Dann ist das einstimmig so beschlossen bei Enthaltung der FDP. Danke!

Ich komme zur

**Ifd. Nr. 21 B:**

Dringliche Beschlussempfehlung

**Vermögensgeschäft Nr. 4/2011 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte**

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/4173  
Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß  
§ 38 Abs. 1 GO Abghs

Der Dringlichkeit wird nicht widersprochen.

Eine Beratung ist Gott sei Dank auch nicht mehr vorgesehen. Der Hauptausschuss hat der Vorlage einstimmig mit allen Fraktionen zugestimmt. Wer dem Vermögensgeschäft Nr. 4/2011 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Danke! – Die Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich komme zur

**Ifd. Nr. 21 C:**

Dringliche Beschlussempfehlung

**Vermögensgeschäft Nr. 5/2011 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte**

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/4174  
Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß  
§ 38 Abs. 1 GO Abghs

Der Dringlichkeit wird nicht widersprochen.

Hier hat die SPD-Fraktion einen Beratungsvorbehalt. Dieser wird aufrecht erhalten, Herr Gaebler? – Gut. Wer ruft da „ja“? – Der Finanzsenator muss den Mund halten und darf hier keine Zwischenrufe machen.

[Beifall]

Er darf auch nur leise mit dem Regierenden Bürgermeister reden.

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Bitte beachten Sie, dass in der öffentlichen Beratung keine vertraulichen Sachverhalte des Vermögensgeschäftes angesprochen werden dürfen, andernfalls würde ich die Sitzung unterbrechen und die Öffentlichkeit hinausbitten. Ich hoffe, das passiert nicht. Es beginnt die Fraktion der SPD in Person des Kollegen Schneider. – Bitte schön, Herr Schneider!

**Torsten Schneider (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich versuche, die Vertraulichkeit nicht anzutasten. Der Vermögensausschuss war mit der Veräußerung der Landesbank befasst. Der Erlös daraus beträgt knapp 5 Milliarden Euro, das ist allgemein bekannt. Gestern ist ähnlich intensiv zu einem Erbpachtvertrag diskutiert worden, der Erlös beträgt nach 50 Jahren weniger oder etwas mehr als 1 Promille. Aber, da wurde über 5 000 Euro hier, Laufzeit von 40 bis 50 Jahren und noch kleineren Karos gestritten, obwohl es quasi ein In-sich-Geschäft ist, indem wir nämlich eine eigene Fläche an uns selbst und Brandenburg verpachten. Soviel zur Vertraulichkeit.

Am Ende waren sich alle einig: Die in Rede stehende Fläche dient der Erweiterung des BBI – das Thema hatten wir gerade –, sie ist erforderlich, um die Internationale Luftfahrtausstellung mindestens die nächsten zehn Jahre in der Region zu halten. Dieses unscheinbare Vermögensgeschäft sichert Investitionen von bis zu 40 Millionen Euro. Es sichert in der Region jährliche Mehreinnahmen von bis zu 200 Millionen Euro. Einigkeit bestand mit einer Ausnahme: Die Grünen wollen diesen wirtschaftlichen Erfolg für Berlin nicht

[Christoph Meyer (FDP): Ja!]

und haben sich mit Ihrer Stillstandshaltung hier völlig isoliert.

[Beifall bei der SPD und der FDP –  
Beifall von Dr. Florian Graf (CDU) –  
Uwe Doering (Linksfraktion): Unerhört!]

Sie haben gleich die Gelegenheit, wir werden hier die Ablenkungsmätzchen erleben, von Messeflächen werden Sie reden, von angeblichen Verlusten und Sie werden sicher auch von der Schwächung der Messgesellschaft fabulieren. Das alles nutzt gar nichts, denn diese Nebelkerzen helfen nicht darüber hinweg, dass hier politische Positionen für die Bürger ganz klar zugeschrieben werden. Die Zivilgesellschaft will den internationalen Großflughafen BBI mit seinen mutigen Chancen, und Sie sind dagegen. Dann bekennen Sie das eben auch so. Sie bauen Ihre Politik auf einem Gefühl der Zukunftsangst und Mutlosigkeit, sogar auf einer wirtschaftsfeindlichen Ideologie auf.

**Torsten Schneider**

[Dirk Behrendt (Grüne): Das haben wir heute schon von der FDP gehört!]

Zugleich versuchen Sie, die berechtigten Sorgen der Menschen im südlichen Berlin zu instrumentalisieren. Dazu haben Ihnen die Menschen schon gesagt: Renate, verlegt die Flugzeuge unter die Erde.

Sie haben gegen 200 Bebauungspläne gestimmt und damit gegen die Gesamtinteressen Berlins gehandelt. Aber immerhin, eine Vision haben die Grünen, und das ist mir wichtig, als einer, der mitten in der Einflugschneise von Tegel lebt und seinen Wahlkreis hat: Während wir mehr als 400 000 Menschen in Spandau, Reinickendorf und Pankow vom Fluglärm entlasten wollen – das ist mehr als dieser wirtschaftliche Aspekt –, haben Sie für diese Einflugschneise eine neue Attraktion: Sie wollen dort den ehemals größten innerstädtischen Rangierbahnhof der DDR teilweise wieder in Betrieb nehmen. Das ist Ihre absurde Politik, die sich hier festmacht. Das müssen wir bedauerlicherweise zur Kenntnis nehmen. Sie entfremden sich von den Menschen in zunehmendem und erschreckenden Maße. Der Gipfel dieser krassen Entfremdung ist für uns der Vorgang Kastanienallee. Auch das will ich Ihnen nicht ersparen. Da bauen Sie eine Tempo-50-Straße. Der Bürgerprotest, über 1 000 Menschen – Herr Otto! Sie lachen. Sie waren es selbst in der „Berliner Zeitung“. Ich zitiere Sie:

Die Grünen treten nicht in Erscheinung, weil sie meinen, das könne man als Provokation empfinden.

[Beifall bei der SPD –

Beifall von Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion)]

Ja, Menschenskind! Das würde mir zu denken geben, wenn ich im eigenen Direktwahlkreis mich selbst für einen Bürgerschreck halte.

[Beifall bei der SPD und der FDP –

Heidi Kosche (Grüne): Sie sollten einmal nachdenken!]

Kollege Schruoffeneger! Das fand ich sehr bemerkenswert, was Sie hier zur Internationalität von sich gegeben haben. Wir begrüßen die rund 250 000 Besucher, wir begrüßen die knapp 1 200 Aussteller aus 50 Ländern. Das Vermögensgeschäft, das hier in Rede steht, stärkt den Wirtschaftsstandort Berlin-Brandenburg, sichert in über 130 Unternehmen Tausende Arbeitsplätze und Umsätze von mehr als 2 Milliarden Euro. Hier geht es nicht um einen kleinen Erbpachtvertrag. Es geht um Regierungsfähigkeit. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD –

Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion –

Beifall von Christoph Meyer (FDP)]

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön, Herr Kollege Schneider! – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Graf das Wort. – Bitte schön, Herr Graf!

**Dr. Florian Graf (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir rufen sehr selten Vermögensgeschäfte im Plenum auf. Aufgrund des vorausgegangenen Tagesordnungspunktes zum BBI haben wir sogar einen gewissen Bezug zum Thema ILA.

Die CDU-Fraktion steht ohne Wenn und Aber zur Internationalen Luft- und Raumfahrttausstellung ILA. Dies war in der Vergangenheit so und ist auch in der Zukunft so. Uns ging es ja, Herr Wirtschaftsminister, an vielen Stellen nicht schnell genug. Wir haben Sie angetrieben, weil wir es zu zögerlich fanden, wie Sie agiert haben. So wurde ja auch allzu häufig der Eindruck aus Kreisen der Wirtschaft formuliert, dass die Stadt und das Land Brandenburg leichtfertig eine Chance verspielen. Fast hätten sie es auch vergeigt. Aber nun ist die positive Entscheidung im letzten Jahr gefallen, wenn auch ambitioniert als Konzept und Spitz auf Knopf genäht. Der Hauptkritikpunkt, den wir in den Ausschussberatungen sowohl im Unterausschuss Teilnehmungsmanagement als auch im Unterausschuss Vermögensverwaltung vorgebracht haben, lautete: Messepolitik insgesamt muss man auch mit Konzept machen. Man kann nicht sagen: Ein bisschen Messe Berlin, ein bisschen Messe Tempelhof, ein bisschen Messe in Selchow! – Hier wünschten wir uns dann doch ein ausgefeilteres Konzept. Aber in der Sache stimme ich dem, was Kollege Schneider gesagt hat, ausdrücklich zu.

[Beifall von Volker Thiel (FDP)]

Was bringt nämlich die ILA? – Sie bringt 200 Millionen Euro Kaufkraftzufluss für die Region, sie bringt bedeutende Wachstumsmöglichkeiten auch für das Messegeschäft, und sie bringt über 250 000 Besucher in die Region. Insofern muss man, wenn man einem solchen Projekt zustimmt, auch ja sagen, wenn die notwendigen Entscheidungen anstehen –

[Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP]

die notwendigen Entscheidungen, was die Investitionen betrifft, und die notwendigen Entscheidungen, was die Bereitstellung einer Fläche betrifft. Und darüber entscheiden wir mit dem Vermögensgeschäft.

Lieber Kollege Esser! Dass ich Sie als Haushälter schätze, ist Ihnen bekannt, und ich prüfe auch immer sehr gern Ihre Argumente. Nach Ihren gestrigen Diskussionsbeiträgen im Unterausschuss Vermögensverwaltung habe ich mir aber noch einmal angeschaut, wie die Reaktion von Bündnis 90/Die Grünen war, als sich die gesamte Region Berlin-Brandenburg gefreut hat, dass die ILA-Entscheidung zugunsten Berlin-Brandenburgs ausgefallen ist. In der „Leipziger Volkszeitung“ vom 4. Juni 2010 wurde unter der Überschrift „Luftfahrtmesse ILA bleibt in Berlin-Brandenburg“ darüber berichtet. Über die Reaktion der Grünen war dort zu lesen – ich zitiere –:

Die Grünen im Abgeordnetenhaus reagierten dagegen enttäuscht: „Berlin braucht die ILA nicht“, teilten sie mit. Der Nutzen der Messe für die Region sei äußerst begrenzt, teilte der Finanzpolitiker Jochen Esser mit.